

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 DB
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB,
Vorsitzender der SPD-Bun-
destagsfraktion, fordert
Kohl auf, seine Untätig-
keit und Unentschlossen-
heit aufzugeben; Einer
weiteren Eskalation ent-
gegenwirken. Seite 1

Helmut Rohde MdB sieht
einen Machtkampf im kon-
servativen Beritt: Par-
teienlandschaft in Bewe-
gung. Seite 2

Horst Ehmke MdB sieht im
Bischofs-Wort eine Be-
reicherung der Friedens-
diskussion: Die Partei des
Friedens ergriffen.

Seite 3

Herta Däubler-Gmelin MdB
unterstützt die Frauen-
Initiative Hessens: Die
Diskriminierung nimmt zu.

Seite 5

Dokumentation

Arbeitsprogramm '83 der
SPD-Bundestagsfraktion.
Seite 7

38. Jahrgang / 82

29. April 1983

Einer weiteren Eskalation entgegenwirken

Kohl muß seine Untätigkeit und Unentschlossenheit aufgeben

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die Absage des für dieses Jahr vorgesehenen Besuches des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland bedeutet einen empfindlichen Rückschlag in den deutsch-deutschen Beziehungen. Die Führung der DDR muß sich fragen lassen, ob diese Absage nicht eine Überreaktion darstellt. Wer sich dazu bekennt, daß von deutschem Boden Impulse zum Frieden ausgehen müssen, sollte auch seinerseits alles tun, um Spannungen nicht zu erhöhen, sondern um sie abzubauen.

Die von Franz Josef Strauß betriebene Politik der "großen Wende" in der Deutschlandpolitik hat mit der Absage des Besuchs eine Wirkung erzielt, die uns dem Rückfall in den kalten Krieg einen Schritt näher bringt. Der CSU-Chef und seine Sekretäre können sich damit brüsten, daß sie auf diesem Feld, das sich für Kraftmeierei und Drohungen am wenigsten eignet, das Gesetz des Handelns an sich gerissen haben. Allerdings hat Bundeskanzler Kohl durch seine Untätigkeit und seine Unentschlossenheit zu dieser Entwicklung entscheidend beigetragen. Die Interessen von Millionen Bürgerinnen und Bürger der DDR und in Berlin an der Sicherung der von den sozial-liberalen Bundesregierungen erreichten menschlichen Erleichterungen geraten damit ernsthaft in Gefahr. Nicht umsonst haben gestern alle Parteien des Berliner Abgeordnetenhauses ihrer Sorge Ausdruck gegeben, daß die hier in Gang gekommene Entwicklung den für Berlin lebenswichtigen Transitverkehr in Mitleidenschaft ziehen könne.

Ich fordere Bundeskanzler Kohl auf, wenigstens im Nachhinein seiner Verantwortung gerecht zu werden. Es gilt, jetzt einer weiteren Eskalation entgegenzuwirken. Die Sozialdemokraten werden alles tun, damit Besonnenheit gewahrt und die Substanz der Deutschlandpolitik Willy Brandts und Helmut Schmidts nicht noch weiter beeinträchtigt wird.

(-/29.4.1983/ks/ca)

+ + +



Parteienlandschaft in Bewegung
-----**Machtkampf im konservativen Beritt**

Von Helmut Rohde MdB

Strauß hat das große Schwungrad wieder in Gang gebracht. Der Juckreiz nach einer Veränderung der deutschen Parteienlandschaft läßt diesen Mann nicht los. Der gegenwärtige deutschlandpolitische Streit im Regierungslager hat machtpolitische, bundesrepublikanische Gründe. Die Themen des Streits wechseln, aber die Grundfragen der CSU bleiben gleichen: Können durch eine bundesweite konservative Partei Parteienstruktur, Machtverhältnisse und Politik verändert werden?

Genschers "Wende" zum konservativen Fischzug, unterstützt von seinen Möllemännern, kam Strauß bei seinen Zukunftsrechnungen in die Quere und hat den Machtkampf um den konservativen Beritt verstärkt. Das erklärt auch den rüden Ton unter den heutigen Kabinettsbrüdern, vor allem deren politische Schachzüge.

Inzwischen bescheinigen die Wahlsoziologen der FDP, daß sie kaum noch über Stammkundschaft verfüge, vom Zweitstimmenfeldzug abhängig sei, also Abstaubercharakter besitze. Strauß fühlte sich dadurch zusätzlich stimuliert, die politische Isolierung und den gesellschaftlichen Abstieg des rechtsschwenkenden Koalitionsabstaubers zu beschleunigen. So wurde der FDP zunächst das Innenministerium, damit das Beamtenrecht, der Sicherheitsbereich und die konservative "Law and Order"-Klientel abgenommen. Den Umweltschutz wurden die FDPler gleichfalls los. In einer zweiten Stufe verlor dann die FDP das Landwirtschaftsministerium an die CSU, die bundesweit gesellschaftlichen Anhang sucht.

Und München bereitet sich - ebenfalls sichtbar - auf eine dritte Operation vor: Je hartnäckiger wirtschaftliche Belastung und die Arbeitslosigkeit werden, je krisenanfälliger sich die konservative Wirtschaftspolitik herausstellt, umso mehr wird der Versuch der CSU wachsen, Lambsdorff zum Koalitionsthema zu machen. Das ist Doppelstrategie: Indem man sich einen Schuldigen aussucht, soll abgelenkt werden von den gemeinsamen konservativ-kapitalistischen Grundlagen der Krisenpolitik und von der Regierung im ganzen. So sehen die konservativen Rechnungen aus. Zwar ist man Lambsdorff Meinung, aber man will seinen Sessel.

Zum anderen wurde schon bei der Regierungsbildung deutlich, daß Strauß und die CSU gleichzeitig auf eine Abgrenzung und Durchsetzungsstrategie gegenüber der CDU hinarbeiten. Gegenüber Kohls "Schwesterpartei"-Umarmung hat München seinen "eigenständigen" politischen Anspruch in der Bundespolitik erhoben. Das wirft die Frage auf, wann und wie diesem politischen Anspruch die organisationspolitischen Folgerechnungen nachgeliefert werden.

Bei der ganzen Sache haben wir es längst nicht mehr nur mit Kabinettsrangeleien zu tun. Dieser Machtkampf hat die Zukunft der Parteienlandschaft zum Ziel. Und er hat seine Folgen. In dem politischen Klima von Krise und Machtkampf entsteht keine handlungsstarke Regierung. Das machtpolitische Spiel ist kräftezehrend.

In dieser Lage erhält das Wort von der Alternative für die Sozialdemokratie eine neue Bedeutung. Angesichts des konservativen Buhlens um die Macht muß sie auftreten als eine Partei, die sich fähig und stark genug macht, Mehrheit zu werden, als eine Partei des Kampfes gegen die Krise, die Vertrauen gewinnt, indem sie die Interessen der breiten Schichten aufnimmt.

Nicht im taktischen Spiel, das nach dem 6. März wieder aufgebrochen ist, liegt die Zukunft: Vielmehr darin, daß man sich und wie man sich den veränderten Alternativen der deutschen Politik stellt.

(-/29.4.1983/ks/ca)

+ + +



Die Partei des Friedens ergriffen

Die Bischöfe haben die Friedensdiskussion bereichert

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Das Wort der Deutschen Bischofskonferenz "Gerechtigkeit schafft Frieden" vom 18. April 1983 ist ein beachtenswertes Dokument. Es zeichnet sich durch Ausgewogenheit und moraltheologisch wissenschaftliche Gründlichkeit aus. Auf 72 Textseiten mit Anhang wird die Friedenslehre der katholischen Kirche gestützt auf die Bibel sowie auf päpstliche Verlautbarungen unter Berücksichtigung der deutschen Situation der Gegenwart nicht nur präzise dargestellt, sondern auch situationsgemäß weiterentwickelt.

In eindeutiger Weise haben dort auch die katholischen Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland die Partei des Friedens ergriffen. Dieses Hirtenwort unterscheidet sich positiv von früheren Erklärungen, zum Beispiel von der Stellungnahme sieben katholischer Moraltheologen aus dem Jahre 1958. Die Glaubwürdigkeit dieses Wortes der Kirche wird dadurch erhöht, daß im Abschnitt "Die kirchliche Lehre von Krieg und Frieden im Wandel der Geschichte" auch selbstkritische Töne anklingen.

Das Wort der Bischöfe ist naturgemäß religiös und moraltheologisch geprägt. Absichtlich enthalten sich die Bischöfe konkretem Rat für politische Entscheidungen im Feld der Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie überlassen diese Entscheidung den Politikern: "Hier sind die Träger der staatlichen Autorität in eine schwere politische Verantwortung gestellt, die sie mit eigener Sachkompetenz wahrzunehmen haben." (Seite 9)

Nachstehend möchte ich einige Aspekte des Bischofswortes hervorheben, in denen ich Übereinstimme beziehungsweise die ich für politisch besonders beachtenswert halte:

- Die Bischöfe stehen dem Gedanken der Sicherheitspartnerschaft nicht fern: "Eine solche Friedenspolitik setzt Klarheit der Konzepte und Glaubwürdigkeit der Personen auf beiden Seiten voraus, damit über wechselseitige Berechenbarkeit des Verhaltens hinaus begründetes Vertrauen entsteht." (Seite 55)

Wenige Seiten später wird gesagt: "Es kommt deshalb darauf an, neben der eigenen Sicherheit immer auch die Sicherheit des anderen, des Gegners, in die Überlegungen einzubeziehen... Jeder, der nur an sich selbst denkt und seinen eigenen Vorteil sucht, muß wissen, daß er schließlich auch sich selbst schadet. Um das Vertrauen in die zwischenstaatlichen Beziehungen zu stärken, sind Vorleistungen zu erwägen, sofern sie Sicherheit und legitimes Eigeninteresse nicht gefährden." (Seite 58)

An anderer Stelle heißt es: "Wer im anderen, auch im Gegner, einen gleichwertigen Menschen, ein sittlich verantwortliches Wesen zu sehen vermag, der wird immer neu auf den anderen zugehen, auf dessen Vorstellungen und Absichten hinhören. Er wird auch die eigene Politik nach der 'Goldenen Regel' der Bergpredigt ausrichten: 'Alles, was ihr von anderen erwartet, das tut auch ihnen' (Matthäus 7,12)." (Seite 41)

- Im Unterschied zu zahlreichen früheren kirchlichen Erklärungen (auch dem Friedenswort des Zentralkomitees der deutschen Katholiken aus dem Jahre 1982) gibt es im Hinblick auf die Spannungsursachen keine einseitige Schuldzuweisung an die Sowjetunion und den Weltkommunismus. Die Bischöfe sagen differenzierter: "Die mannigfaltigen Formen des Unfriedens unserer Welt lassen sich nicht auf eine einzige Ursache zurückführen. Vieles wirkt zusammen: Unterschiedliche Auffassungen über allgemein verbindliche ethische Normen, expansive Machtpolitik, Ausweitung der eigenen politischen Einflußsphäre, wirtschaftliche Interessen, Angst privilegierter Gruppen vor



Machtverlust, Feindbilder und Vorurteile. Für den Ost-West-Konflikt liegt eine Hauptursache in der Spannung zwischen dem ideologischen Anspruch des kommunistischen Systems, der auf Klassenkampf und Weltrevolution gerichtet ist, und den Menschenbildern, die im Gegensatz dazu eine freiheitliche Rechts- und Sozialordnung als Grundlage menschlichen Zusammenlebens fordern."

- Dem Dialog wird beim Abbau von Spannungen und bei der Friedenssicherung ein hoher Stellenwert eingeräumt, was in diesem Zusammenhang als indirekte Absage an den kalten Krieg deutbar ist. Von den Bischöfen wird die Botschaft von Papst Johannes Paul II. vom Weltfriedenstag 1983 in Erinnerung gerufen: "überall dort, wo der Frieden bedroht oder schon gebrochen ist, in den Familien, in der Gesellschaft, zwischen den Staaten oder zwischen den Staatenblöcken, in aller Geduld die Methoden des Dialogs einzubringen... Jeder Mensch, ob gläubig oder nicht, kann und soll sich bei allem klaren Wissen um eine mögliche Verhärtung seines Bruders genügend Vertrauen bewahren in den Menschen und seine Fähigkeit, vernunftgemäß zu handeln, in seinen Sinn für das Gute, für Recht und Gerechtigkeit, in seine Fähigkeit, zu hoffen und den Bruder zu lieben, - um auf das Mittel des Dialogs zu setzen".

Die Bereitschaft zum Dialog wird gewissermaßen als Voraussetzung hingestellt, "ohne die Friedensarbeit und Friedenspolitik nicht zu denken sind". (Seite 6,7)

- Die Bischöfe treten auf gegen Angst und Ungeduld und für "den Geist der Besonnenheit, der die Mühe der kleinen Schritte nicht scheut". (Seite 6)
- Im Unterschied zu den katholischen Bischöfen der USA wenden sich die deutschen Bischöfe nicht nur gegen nuklearen sondern auch gegen den konventionellen Krieg. "Ziel des militärischen Beitrags zur Friedenssicherung darf daher unter den heutigen Bedingungen nicht die Kriegsführung, sondern muß die Verhinderung eines Krieges sein, und zwar jedes Krieges... Heute ist der Krieg weniger denn je ein Mittel um politische Ziele zu erreichen. Er darf niemals sein! Denn niemals sind die Folgen des Krieges so offenbar gewesen, und niemals war so klar, daß jeder mögliche Gewinn in keinem Verhältnis zu den Opfern stehen würde." (Seite 50/51)

Die Bischöfe äußern auch die Ansicht, die "nukleare Abschreckung ist auf Dauer kein verlässliches Instrument der Kriegsverhütung". Für die sittliche Tolerierung der Abschreckung werden strenge Bedingungen fixiert: Ihr Ziel muß Kriegsverhütung sein. "Die Absicht, Krieg mit allen Kräften zu verhüten, muß in der Wahl der gesamten Rüstungsmittel selbst glaubhaft werden." (Seite 53)

Die Risiken der Unkontrollierbarkeit sind gewissenhaft abzuwägen. "Bereits bestehende oder geplante militärische Mittel dürfen Krieg weder führbarer noch wahrscheinlicher machen." (Seite 53)

- Die deutschen Bischöfe haben die Beachtung der Menschenrechte und die Ausräumung von Ungerechtigkeit als ein wichtiges Element der Friedenssicherung hervorgehoben. "Zur Förderung des Friedens gehört darum vorrangig, immer und überall dafür einzutreten, daß Menschenrechte verwirklicht werden und die Unrechtssysteme sich wandeln." (Seite 43)

Mit ihrem Wort "Gerechtigkeit schafft Frieden" haben die katholischen Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland wie ihre Amtsbrüder aus der DDR und aus den USA einen wesentlichen Beitrag zur gegenwärtigen Friedensdiskussion geleistet und eine ethische Orientierung für eine konstruktive Friedenspolitik und gegen den Rüstungswahnsinn gegeben.

(-/29.4.1983/ks/ca)

+ + +



Die Diskriminierung nimmt zu

**Die SPD-Fraktion unterstützt Hessens Initiative zur Gleichbehandlung
der Frau im Arbeitsleben**

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Jeden Monat, wenn Präsident Stingl von der Bundesanstalt für Arbeit vor dem Fernsehen die neuesten Horrorzahlen über Arbeitslosigkeit bekanntgibt, hören wir es: Frauen sind besonders schwer betroffen. Nahezu eine Million Frauen, also nahezu jede zehnte Arbeitnehmerin findet heute keine Arbeit. Andere Zahlen beleuchten schlaglichtartig die Schwierigkeiten von Mädchen, einen Ausbildungsplatz zu finden: Ende September 1982 hatten 21.000 Mädchen noch keinen Platz, bei den Jungen waren es rund 13.000. Ähnlich ist das Verhältnis bei denen, die heute eine Ausbildungsstelle suchen: Rund 132.000 Jungen und rund 173.800 Mädchen.

Schwierigkeiten anderer Art für Frauen im täglichen Arbeitsleben dokumentiert ein Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen mit dem arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetz:

Frauen werden jetzt wieder häufiger wegen ihres Geschlechts nicht eingestellt. Das mußte zum Beispiel eine Kaufmannsgehilfin erfahren, die sich im Hotel- und Gaststättengewerbe um einen Ausbildungsplatz beworben hatte: "Leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir für diesen Lehrberuf junge Männer bevorzugen, da wir im Empfangsbüro, Service und Küche ausschließlich männliche Kräfte beschäftigen." Eine junge Frau, die sich zur Nachrichtentechnikerin umschulen lassen wollte, wird von mehreren Firmen mit der Begründung abgelehnt, man habe keine Damentoiletten.

Klinikdirektoren weisen weibliche Stellenbewerber mit der Begründung ab, daß eine Ärztin den dienstlichen Belangen nicht gewachsen sei und daß sie schwanger werden könne.

Trotz der verbreiteten Diskriminierungen gehen Frauen dennoch nur selten vor Gericht. Erstaunlich ist das nicht, weil sie wissen, wie schwer es ist, einem Betrieb oder Arbeitgeber Diskriminierungen nachzuweisen.

Frauen wissen auch, daß ein gegen den Arbeitgeber mühsam gewonnener "Diskriminierungsprozeß" heute praktisch nur einen "Papiersieg" darstellt. So konnte die diskriminierte Bewerberin um eine Nachwuchsmanagementstelle, die einen nachweisbaren



Schaden in Höhe von 12.000 Mark erlitten hatte, ganze 2,31 Mark einklagen - dieser minimale Betrag entspricht dem sogenannten Vertrauensschaden. Das heißt im Klartext, daß ein Arbeitgeber, der in diskriminierender Weise nicht die Frau, sondern den fachlich weniger gut qualifizierten männlichen Bewerber einstellt, auch nach Verurteilung lediglich Portl, Fotokopien oder Fahrgeld erstatten muß.

Auch das Gebot, Stellenausschreibungen grundsätzlich geschlechtsneutral abzufassen, wird im Bereich der Privatwirtschaft häufig nicht beachtet. Zahlreiche Presseauswertungen belegen das.

Daraus folgt, das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz ist in seiner heute geltenden Fassung nicht geeignet, den Frauen bei der Durchsetzung ihrer Rechte im Arbeitsleben wirksam zu helfen. Daß die konservative Bundesregierung eine Verbesserung dieses Gesetzes trotzdem nicht für erforderlich hält, ist nur mit ihrer ideologischen Grundposition zu erklären, nach der Frauen im Berufsleben sowieso nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt. Einer Arbeitnehmerin, die täglich um ihre selbstverständlichen Rechte kämpfen muß, kann es nur zynisch vorkommen, wenn sie liest, daß die Bundesregierung im Schluß ihres Berichts, nach Aufzählen der einzelnen Benachteiligungen, feststellt, das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz sei besser als sein Ruf.

Die notwendigen Schlußfolgerungen aus der Praxis und aus diesem Erfahrungsbericht hat als erste die Regierung des Landes Hessen gezogen: Sie bringt heute im Bundesrat einen Gesetzesantrag ein, der Gleichbehandlung im Arbeitsleben besser durchsetzen kann:

- o So muß nicht mehr die Arbeitnehmerin nachweisen, daß und wie sie diskriminiert wurde, künftig muß der handelnde Arbeitgeber nachweisen, daß er die Frau nicht benachteiligt hat.
- o Verstöße gegen die Gleichberechtigung im Arbeitsleben sollen nicht länger ein "Kavaliersdelikt" sein. Es ist ein spürbarer Schadensersatzanspruch vorgesehen.
- o Stellenausschreibungen müssen künftig Männer und Frauen gleichermaßen ansprechen.

Das Vorgehen des Landes Hessen steht im eindrucksvollen Gegensatz zu der selbstgefälligen Untätigkeit der Bundesregierung.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion unterstützt die hessische Initiative. Wir werden dafür sorgen, daß diese Verbesserungsvorschläge im Interesse von zehn Millionen Frauen auch im Bundestag aufgegriffen werden. (-/29.4.1983/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat in den vergangenen Tagen ein Arbeitsprogramm '83 diskutiert und beschlossen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel:

Arbeitsprogramm '83

I.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat ihre personelle Organisation abgeschlossen und sich auf ihr Arbeitsprogramm für 1983 verständigt. Dieses Programm ist aus dem Dortmunder Wahlprogramm abgeleitet. Es steht unter den Leitgedanken der Kontinuität, der Perspektive, der Verantwortung. Die Fraktion folgt damit einem Satz Kurt Schumachers, der bei der Aussprache über die erste Regierungserklärung der Bundesrepublik am 21. September 1949 gesagt hat:

"Das Wesen der Opposition ist der permanente Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung und ihren Parteien den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzwingen."

II.

Im einzelnen sind folgende Punkte in das Arbeitsprogramm 1983 aufgenommen worden:

1. Friedenssicherung

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird am 1. Juni 1983 eine ganztägige Klausurtagung zu Fragen der Friedenssicherung und der Strategiedebatte im Bündnis durchführen. Dabei werden auch der Stand der Genfer Verhandlungen sowie die zu erwartenden weiteren außen- und innenpolitischen Entwicklungen zur Debatte stehen.

2. Aktive Beschäftigungspolitik

2.1 Wir werden uns verstärkt um die Strukturprobleme der Wirtschaft kümmern, die der Bundeswirtschaftsminister sträflich vernachlässigt. Als erstes haben wir ein Hearing zur Lage der Stahlindustrie durchgeführt. Das Hearing hat uns darin bestärkt, eine Struktur der Stahlindustrie anzustreben, die die regionalen Standorte erhält und die Wettbewerbsfähigkeit von etwa gleichstarken Marktpartnern sichert. Die Bundesregierung ist gefordert, ein gesamtwirtschaftlich vernünftiges Konzept zu erarbeiten. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird in den nächsten Wochen aufgrund der im Hearing gewonnenen Erkenntnisse ein konkretes Sofortprogramm für die Stahlindustrie vorlegen. Ein vergleichbares Verfahren werden wir durch Anhörungen noch vor der Sommerpause für die Bereiche Kohle und Schiffbau einleiten.

2.2 Wir werden ein Bündel von Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorschlagen. Zur Zeit sind nach EC-Angaben in der Bundesrepublik Deutschland 15 Prozent der arbeitsfähigen und arbeitswilligen Jugendlichen unter 25 Jahren arbeitslos. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit fehlen derzeit rund 100.000 Ausbildungsplätze. Diese alarmierenden Zahlen haben die Fraktion veranlaßt, eine ad hoc-Arbeitsgruppe "Jugendarbeitslosigkeit" einzusetzen, die bis zur Sommerpause ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorlegen soll.

2.3 Es ist dringend geboten, die Arbeitslosigkeit auch durch Arbeitszeitverkürzung zu bekämpfen.



Wir werden dazu den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes im Deutschen Bundestag einbringen, das die Regelarbeitszeit verkürzt und die zulässigen Überstunden begrenzt. Wir werden außerdem einen Gesetzentwurf zur sogenannten Vorruhestandsregelung einbringen, die es Arbeitnehmern ermöglicht, durch gemeinsames Handeln der Tarifvertragsparteien und der Bundesanstalt für Arbeit vorzeitig ab dem 58. Lebensjahr aus dem Arbeitsleben auszuschneiden.

2.4 Noch vor dem EG-Gipfel am 6./7. Juni in Stuttgart werden wir einen Entschließungsantrag der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zum Thema "Internationaler Beschäftigungspakt" im Deutschen Bundestag einbringen und im Plenum diskutieren.

2.5 Wir werden eine Große Anfrage zum Thema "Privatisierung der gewinnträchtigen Teile des Fernmeldenetzes (Breitbandverkabelung)" einbringen, um zu verhindern, daß blinder Fortschrittsglaube Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtet.

2.6 Wir bereiten ein Gen-Technologiegesetz vor und werden prüfen, ob gesetzliche Maßnahmen gegen Experimente und Anwendungen gentechnischer Verfahren am Menschen erforderlich sind.

3. Solide Finanzpolitik

Die von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion beschlossenen konkreten Schritte und Maßnahmen werden wir finanzieren

- o aus einer Ergänzungsabgabe der Besserverdienenden,
- o aus einer Begrenzung der Vorteile aus dem Ehegattensplitting bei höherem Einkommen,
- o aus einer Einschränkung ungerechtfertigter Vorteile bei Steuersparmodellen und Abschreibungsgesellschaften,
- o aus dem Verzicht auf die Wiedereinführung ungerechter Kinderfreibeträge.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird weiter folgende finanzpolitische Themen aufgreifen:

- o Wir verlangen Klarheit über die unabwiesbaren Nachforderungen der EG aufgrund der Agrarpreisproblematik im Jahre 1983 (Nachforderung mindestens eine Milliarde Mark an die Bundesrepublik).
- o Wir erwarten von der Regierungserklärung Auskunft über Zeitpunkt und Umfang des Nachtragshaushaltes 1983 (Umfang circa fünf Milliarden Mark).
- o Wir verweisen auf die völlige Unklarheit bei der Haushaltskonsolidierung 1984. Werden die Subventionen, wie von Stoltenberg angekündigt, linear gekürzt? Werden die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung einseitig zugunsten des Unternehmenssektors eingesetzt (Vermögenssteuersenkung 100 Prozent zu Lasten der Länder)?
- o Wir werden mit allen Kräften die Finanzautonomie der Kommunen verteidigen und stärken. Wir werden an der Gewerbesteuer festhalten.
- o Wir verlangen die Fortsetzung der Arbeiten an der Novelle zum Kreditwesengesetz.



4. Soziale Gerechtigkeit

4.1 In den nächsten Wochen wird ein Gesetzentwurf zur Aufhebung der unmittelbaren Kostenbeteiligung der Versicherten an den Krankenhaus- und Kurbehandlungen eingebracht.

4.2 Wir werden beantragen, den von der Regierungskoalition vorgenommenen Abbau der Schülerschulbildungsförderung rückgängig zu machen und bei der Studentenförderung vom Vollstudium abzugehen.

4.3 Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hält das neue Zivildienstgesetz für verfassungswidrig; sie wird deshalb auch ihrerseits einen Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht stellen.

4.4 Wir werden noch in diesem Jahr Initiativen mit dem Ziel ergreifen, die Verschlechterungen im sozialen Mietrecht wieder rückgängig zu machen.

5. Frieden mit der Natur

Wir haben ein Notprogramm gegen das Waldsterben beschlossen und als Antrag im Bundestag eingebracht.

6. Gleichberechtigung der Frau

Wir werden den Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz einbringen.

7. Bürgerfreiheit und Entwicklung des Rechtsstaates

7.1 Zum Volkszählungsgesetz 1983 werden wir eine öffentliche Anhörung durchführen und schon vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Hauptsache die Tendenz unserer Änderungsvorstellungen deutlich machen.

7.2 Die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes bereiten wir vor. Auch der bessere Schutz von arbeitnehmerbezogenen Daten in den Betrieben soll gesetzlich verankert werden.

7.3 Das Thema Beschleunigung der atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs werden wir im Bundestag zur Sprache bringen. Wir wollen verhindern, daß die Bundesregierung die sicherheitsrechtlichen Anforderungen für kerntechnische Anlagen abbaut, die Bürgerbeteiligung einschränkt und den Rechtsschutz vermindert.

7.4 Das zweite Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität wird von uns erneut eingebracht; es wird um Strafbestimmungen gegen den Ausschreibungsbetrug und die illegale Arbeitnehmerüberlassung ergänzt.

7.5 Den Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettbewerb werden wir ebenfalls wieder einbringen.

7.6 Das Erste Verbraucherschutzgesetz (Paragraph 138 Bundesgesetzbuch - Haustürgeschäfte) werden wir wieder einbringen und es um Vertragshilfebestimmungen bei unverschuldet notleidend gewordenen Verbraucherkrediten erweitern.

7.7 Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Juristenausbildung einbringen.

III.

Damit steht gegen eine Bundesregierung, deren Politik sich in allgemeinen Wendungen erschöpft und die sich von Anfang an in nicht gehaltene Zusagen und Widersprüche verstrickt hat, eine Opposition, die ihre Politik personell und in der Sache komplett vertritt.

(-/29.4.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

